

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Die 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.20 RM, auswärtig 1.50 RM. Anzeigen unter Text 2.50 RM, auswärts 4.— RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.80 RM. Geschäftsstellen, Verleumdungen, Wohnungsanzeigen 0.50 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.30 RM., das letzte Wort 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und wird durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1.50 RM., monatlich 4.50 RM., vierteljährlich 12.00 RM. (einschließlich Postgebühren), durch die Post 13.00 RM. gegen vierteljährlich 36.00 RM.

## Von London nach Cannes.

### Die Londoner Konferenz vertagt.

London, 22. Dezember. Die heutige letzte Besprechung Briands mit Lloyd George dauerte 1 1/2 Stunden. Um 2 Uhr reiste Briand nach Paris zurück. Er teilte dem Vertreter des Reuterschen Büros mit, man habe sich im wesentlichen in allen Punkten geeinigt; nun hätte noch der Oberste Rat seine Entscheidungen darüber zu treffen.

Die Vertagung der Londoner Konferenz zeigt, wie groß selbst die Schwierigkeiten sind, die einer Einigung zwischen Frankreich und England in bezug auf bestimmte europäische Pläne im Wege stehen. Nicht allein die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten haben die schnelle Beendigung der Londoner Konferenz veranlaßt, sondern auch die Haltung der übrigen Alliierten, — darunter besonders Italien — die eine Mitbesprechung der wichtigen Probleme forderten und keine Neigung zeigten, sich ohne weiteres dem zu fügen, was Briand und Lloyd George in Form eines Kompromisses für gut zu halten gedachten. Unter diesen Umständen konnte der Beschluß zustande kommen, im Januar in Cannes eine Wirtschaftskonferenz abzuhalten, die sich nicht nur mit der europäischen Wirtschaftslage, sondern auch mit dem Reparationsproblem befassen soll. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird auf dieser europäischen Wirtschaftskonferenz das verwirklicht werden, was im Interesse Europas liegt, wird vor allen Dingen in Auswirkung der Londoner Konferenz eine Aenderung des Reparationsproblems eintreten, die Deutschland in den Stand versetzt, zunächst seine Produktionsstätten neu aufzubauen und seine Finanzen in geordnete Bahnen zu bringen, um dann zahlen zu können, was uns im Mai vorigen Jahres in London an Kriegsverpflichtungen auferlegt wurde. Schon die Londoner Verhandlungen ließen durchblicken, daß England einem festen Ziel zusteuert und dieses Ziel auf die Stundung der Reparationen zugunsten Deutschlands hinausläuft. Nicht allein England ist der Auffassung, daß eine Aenderung der Reparationsverpflichtungen eintreten muß, sondern auch in Italien machen sich Stimmungen laut, die das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 verurteilen und entschieden für eine Aenderung eintreten. In Cannes treffen sich nun die Geister, die die Veränderung für notwendig halten alle, und gerade deshalb ist von Cannes zu erwarten, daß dort die französische Regierung letzten Endes zu einem Kompromiß getrieben wird, der von Deutschland die Bezahlung eines bestimmten Teils der Januar- und Februarrate verlangt, weiterhin aber eine Stundung auf bestimmte bzw. unbestimmte Zeit ausspricht. Wir erwarten gerade auf Grund der politischen Verhältnisse in den einzelnen Entente-Ländern, daß eine Stundung zur Wirklichkeit wird und können die Aussichten hierzu nur der Politik der jetzigen Reichsregierung zuschreiben.

### Das Ergebnis von London.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Noch ist das eigentliche Ergebnis der Londoner Besprechungen äußerst unklar. Immerhin aber sieht man, und das bestätigt auch der Londoner Berichterstatter des „Intransigent“, daß man die Zwecklosigkeit einsehend, Deutschland gegenüber noch die alte Methode angewandt, da auf diese Weise kein Geld herbeigeschafft und eine Besserung der Lage Europas nicht erzielt werden kann. Auch das ist sicher, daß die Londoner Konferenz den ersten offiziellen Anstoß zur Aenderung der allgemeinen Reparationspolitik geben wird und daß auch in den kommenden Verhandlungen dieser Art, die zu einer tatsächlichen Aenderung werden wird. Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ soll Deutschland auf Empfehlung der Finanzministerpräsidenten die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark in zwei Raten, am 15. Januar und 15. Februar bezahlen. Dafür soll ihm gestattet werden, den am 15. Februar fälligen Gegenwert von 25 vom Hundert der deutschen Ausfuhr durch Sachleistungen abzutragen. Auch diese Festsetzung kann jedenfalls nur eine Notmaßnahme sein und auf keinem erdgültigen Beschluß beruhen, da die endgültige Regelung der Reparationsfragen auf den im Januar stattfindenden Konferenzen erfolgen soll, und zwar deshalb, weil sich auch die anderen alliierten Staaten in dieser Beziehung ein Mitspracherecht ausgebeten haben. Nach dem „Intransigent“ wird der Oberste Rat für den 4. Januar nach Cannes einberufen. Die Orientkonferenz der drei Minister des Außenwesens soll nach dem „Temps“ am 9. oder 10. Januar in Paris stattfinden. Ob deutsche Delegierte zu den Konferenzen zugelassen werden, steht im Augenblick auch noch nicht ganz fest, jedenfalls hat die interparlamentarische Gruppe des französischen Senats und der Kammer für die zerstörten Gebiete bereits Protestaktionen gegen eine europäische Konferenz der deutschen Delegierten eingeleitet.

### Was bringt Rathenau aus London?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie wir erfahren, wird Dr. Rathenau heute in Berlin ein- treffen und dem Kabinett über seine Beratungen mit Poincaré und englisches Finanzkriterien sofort Bericht erstatten. Entsprechend seinen Mitteilungen wird die Reichsregierung dann die Rückfragen der Reparationskommission beantworten.

Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß, falls eine Beantwortung überhaupt erfolgen sollte, diese vor Weihnachten noch möglich sein wird. Viel mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die deutsche Regierung von London aus Anlaß der Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George aufgefordert wird, einen bestimmten Teil der Januarrate zu erledigen und man die weitere Regelung den Konferenzen überläßt.

### Die ober-schlesischen Verhandlungen.

Die Kommissionsberatungen zur Regelung der ober-schlesischen Angelegenheiten sind anlässlich des Weihnachtsfestes bis zum 3. Januar unterbrochen worden. Der Leiter der deutschen Delegation, Reichsjustizminister a. D. Schiffer, benutzte diese Gelegenheit, um die Presse von dem Gang der Verhandlungen zu unterrichten. Nach Schiffers Erklärungen stehen die deutschen Vertreter in enger Fühlung mit den Vertretern aller Berufe, wie der Beamten, Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, Handwerker, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch den Beschwerden der Arbeitnehmer sei nachgegangen worden, indem deutsche Arbeitervertreter als Mitglieder in die speziell mit Arbeiterfragen beschäftigten Ausschüsse delegiert wurden. Im übrigen soll in allen Verhandlungen, bei denen irgendwo Arbeitervertreterinteressen in Frage kommen, vorher eine Verständigung mit den deutschen Arbeitervertretern gesucht werden.

Über den Gang der Verhandlungen im einzelnen konnten nur wenig Mitteilungen gemacht werden, da die Verhandlungen selbst noch nicht abgeschlossen waren. Verhandelt wird in strenger Sachlichkeit; auch die Polen tun ihr Möglichstes, um daß eine Einigung zustande zu bringen. Mit größter Sorge blüht die Bevölkerung der an Polen fallenden Teile Oberschlesiens in die Zukunft, da die Lebensmittelfuhr für diese Gebiete, sobald sie in polnischen Besitz gelangen, in großem Umfange notwendig ist, die Polen aber nicht in der Lage sein werden, die notwendigen Mittel aufzubringen. Von polnischer Seite ist man deshalb bereits an die Industrie mit dem Ersuchen um Hilfsaktionen herangetreten. Eine ganz besondere Sorge bereitet die Milchfrage; denn der polnische Teil Oberschlesiens erzeugt gar keine Milch. Die laufenden Milchlieferungsverträge laufen vielfach am 1. Januar 1922 ab. Große Sorge bereitet auch die Wohnungsfrage, da die Umwandlung polnischer Behörden und polnischer Truppen schon fast nach der Uebergabe der Gebiete einsehen wird. Von deutscher Seite wird man deshalb zunächst versuchen, die deutschen Mieter- und Arbeiterorganisationen aufrecht zu erhalten und die Requisition von Wohnungen durch polnische Militär zu verhindern. Die Uebergabe der durch Genfer Entscheidung an Polen fallenden ober-schlesischen Gebiete wird für Mitte März erwartet. Da die Polen im Augenblick wieder starke nationalistische Propaganda treiben, wird angenommen, daß die Uebergabe nicht ohne Schwierigkeiten erfolgt.

### Ein Protest des Ratiborer Kreises.

Ratibor, 22. Dezember. Der heute stattgehabte Kreistag faßte einstimmig nachfolgende Entschlieung:

Der Kreis Ratibor, der bereits durch die Abtretung des Hultschiner Ländchens an die Tschechoslowakei auf das Schwerste geschädigt worden ist, wird durch die Genfer Entscheidung um mehr als ein Viertel seines Gebietes verkleinert. Das Genfer Urteil widerspricht nicht nur dem Abstimmungsergebnis im Kreise, dessen Bevölkerung sich in überwiegender Mehrheit für Deutschland bekannt hat, es vergewaltigt auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreises und seiner Bewohner. Der heute verammelte Kreistag des Kreises Ratibor legt gegen diese schwere Beeinträchtigung seiner Interessen einmütig Verwahrung ein.

### Die Kosten der Republik.

Die Behauptungen der Rechtspresse über leichtfertige Gehälterbewilligungen nach der Revolution, namentlich an führende Männer in der Republik, hat, wie die P.P.R. erfahren, das Reichsministerium des Innern veranlaßt, eine Zusammenstellung der in den leitenden Stellen entfallenden Kosten zu machen. Dabei hat sich ergeben, daß für Gehälter, Ruhegehälter und Aufwandsentschädigungen sämtlicher Vollsbeauftragter, Reichsministerpräsidenten und Reichsanzwiler vom Tage der Revolution bis zum 31. Dezember 1921 die Republik insgesamt die Summe von 520 000 Mark Papiermark aufgewendet hat. Diese selbst für die Kenner der Verhältnisse überraschend geringe Summe bedarf keines Kommentars. Sie beweist, daß an leitenden Stellen mit einer geradezu vorbildlichen Entschämtheit und Selbstbeschränkung gearbeitet worden ist.

### Rückwirkung des neuen Ortsklassenverzeichnisses.

Auf Antrag der Arbeitnehmerorganisationen erklärten sich das Reichsfinanzministerium und das Postministerium damit einverstanden, daß das neue Ortsklassenverzeichnis für die Lohnempfänger der Reichspost und für die Arbeiter der Betriebs- und Verwaltungsbehörden des Reiches und Preußens rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft treten soll. Die fälligen Beiträge sollen möglichst schnell an die Lohnempfänger zur Auszahlung gelangen.

### Ludendorff endlich an der Reihe?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie wir erfahren, wird das Verhalten Ludendorffs während der Kappzige in Berlin dem Reichsgericht nochmals Anlaß zu einer besonderen Stellungnahme geben. Der Oberreichsanwalt Dr. Herberger weiß am Donnerstag Nachmittag beim Reichsjustizminister, wo vermutlich auch Ludendorffs Angelegenheit besprochen wurde. Neuerdings ist Material in den Besitz der Reichsregierung gelangt, das Ludendorff äußerst schwer beschuldigt.

### Giesberts Fiasto.

Als der Reichspostminister Giesberts vor nunmehr drei Jahren die Leitung der Reichspost übernahm, setzte man allseitig große Hoffnungen auf ihn. Neben der Besserung in den Betriebsverhältnissen erwartete man, daß er in das verrottete Kräftelehe System einen frischen Zug hineinbringen würde. Alle diese Hoffnungen, aber auch alle, haben sich nicht erfüllt. Gewiß ist Giesberts kein Herenmeister — aber er ist auch kein Organisator. Unmögliches hat man von ihm nicht erwartet — aber er hat auch Mögliches nicht geleistet. Und so war es weiter kein Wunder, daß er bei der Vertretung seiner letzten Gehührenerhöhungen, sowohl im Ausschuss als auch im Plenum des Reichstages, auf allseitigen und entschiedenen Widerspruch stieß. Sogar seitens seiner eigenen Fraktionsfreunde mußte er dies erleben.

Wie sieht es aber aus bei der Post aus? — Der Minister kann sich nicht darüber beklagen, daß der Reichstag ihn mit der Bewilligung von Mitteln im Stich gelassen hat. Immer wieder verlangte er Gehührenerhöhungen, und immer wieder hat er sie fast restlos erhalten. Hunderte von Millionen sind ihm außerdem zur Wiederaufrichtung seines Telegraphen- und Fernsprechwesens in die Hand gegeben worden. Und schließlich war der Reichstag auch damit einverstanden, daß zum Ausbau des Fernsprechwesens im besonderen jeden Teilnehmer eine Zwangsanleihe von 1000 Mark auferlegt wurde. Trotz alledem ist wenig oder nichts besser geworden. Man denke nur an die ununterbrochene Fernsprechnetze im ganzen Reich. Ein unerträgliches Kapitel! Man sehe sich die Ueberfüllung der Dienststellen mit Personal und das Anwachsen der Ober-Postdirektionen zu Wasserläusen an, sodaß sich die eigenen Beamten nicht mehr auskennen. Man betrachte die viel zu umfangreich angelegte Schaffung neuer Behörden und Dienststellen, wie z. B. das telegraphentechnische Reichsamt und die Telegraphenbauämter. Eingeweihte behaupten, daß ihr Zweck lediglich die Unterbringung höherer Beamten, und ihr Erfolg eine Verschwendung des Dienstbetriebes ist.

Jedesmal, wenn eine Postgebührenvorlage im Reichstage zur Beratung stand, hat der Postminister das- selbe Lied von den kommenden Reformen gelungen, die er durchführen will. So auch diesmal. Getan hat er bisher nichts. Heute steht er vor der Tatsache, daß seine Verwaltung eine Ueberfülle von Beamten aller Gattungen hat, — zum Plagen voll! Und trotzdem heißt Herr Giesberts lustig weiter junge Mädchen „mit der Wirtschaft auf dauernde Beschäftigung“ ein. Es ist eine Ueberfülle, welches kaum noch überboten werden kann. Beamte, welche aus der Gruppe III bezahlt werden, machen den Dienst der Gruppe V und sind mit Recht darüber erbittert, daß man ihnen nicht die entsprechenden Stellen gibt. Beamte der Gruppe V machen den Dienst der Gruppe III, weil sie nichts anderes können. Aber Herr Giesberts hat sie trotzdem befördert. Höfnerliche mittlere Beamte, welche bei anderen Verwaltungen längst zu den Gruppen VIII und IX gehören, sitzen in der Gruppe VI. Und Hunderte von Beamten der Gruppe IX machen den Dienst der Gruppe VI. Auf Ämtern, deren Leitung von Beamten der mittleren Gruppen spielend bewirkt werden könnte, sitzen Direktoren. Auf anderen Ämtern gibt es, oh- daß ein Bedürfnis hierzu vorliegt, 3, 4, 6 oder noch mehr nachgeordnete Direktoren, die meistens aus Gruppe IX bezahlt werden. Diese Leute sind zu bedauern. Sie wissen nicht, was sie anfangen sollen. Kommen und gehen, wann sie wollen, und versuchen auf jede Art die Zeit totzuschlagen. Waise Jungen behaupten, daß sich verschiedene dieser Herren auf den Fernsprechämtern aus Langeweile sehr eingehend für die schönen Beine ihrer Telephonistinnen interessieren.

Und im Ministerium selbst? — Es ist alles beim Alten geblieben. Aus dort gehts im Dohentrott weiter. Die Geheimräte und die Beamtenorganisationen haben zu bestimmen; selbst in Dingen, in denen eigentlich der Minister bestimmen sollte. Wenn eine Organisation sagt, der und der Beamte darf nicht befördert werden, dann tuts Giesberts, auch wenn es gegen die Lebensinteressen seiner Verwaltung geht. Und legt die Organisation der weltlichen Beamten, die und die Beamte muß entlassen werden, denn sie ist unheilvolle Mutter geworden, so geschiehts. Giesberts geborcht immer. Dem freibetrieblichen Zuge der Zeit folgend ist es z. B. bei allen Ministerien







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Dezember.

### Sozialdemokratischer Verein.

#### Weihnachtseinbescherung!

Die große Not zu lindern und einem Teil der ärmsten der armen Kinder wenigstens eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten, hatte sich auch in diesem Jahre wiederum der Sozialdemokratische Verein Breslau bemüht, aus eigenen Kräften und durch Appell an edle Menschenfreunde etwas zu schaffen. In einer Reihe von Distrikten fanden solche Einbescherungen statt. Es waren erhebende Momente, die strahlenden Gesichter der abgehärmten Kinder zu sehen. Das war der beste Dank an die edlen Helfer und Menschenfreunde, die nicht vergaßen, ihren Mitmenschen zu helfen und eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Allen sei hiermit der Dank ausgesprochen, den vielen Ungenannten, die selbst arm, oft das Beste hergaben, wie jener Genosse, der selbst sieben Kinder hat, 1 Paar Kinderschuhe noch für seine armen Mitmenschen opferte. Besonderen Dank unseren Parteifreunden Tischler und Schäfer, die in mühevoller Arbeit für 100 Kinder allein reichlich zusammengetragen haben. Besonders reichlich spendeten auch nachstehende Firmen: Kuppi, Korte, Utkauer, Müller und Kauf, Israel und Stupin, Janover und Blumenfeld, Güttler. Diesen edlen Menschenfreunden noch einmal Dank!

Weitere Spenden nimmt zur Verteilung immer noch gern das Parteisekretariat Margarethenstraße 17, Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36, entgegen.

**Erweiterter Parteivorstand:** Donnerstag, den 29. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

#### Sehr wichtige Sitzung.

Alle Abteilungsleiter, Distriktsführer und Frauenleiterinnen müssen erscheinen.

**Kindergruppe Nikolaiter und Arbeiterjugend Heim 9** veranstalten am 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Turnhalle Zinktsstraße 12 eine Weihnachtsfeier. Alle Genossinnen und Genossen werden herzlich eingeladen.

**District 13:** Die Weihnachts-Einbescherung der Kinder findet am 1. Feiertag, nachmittags 4 Uhr, im Bürgergarten, Eingang Harrasgasse, statt.

## Kinderglück.

### Arm und Reich.

Als Süßchen von neun Jahren kamte ich noch nicht die Klassenunterschiede unter den Menschen, obwohl ich die Worte: wir sind arm und die Eltern des Hans, deselben Hans, der immer fein mit blankgeputzten Stiefeln an den Füßen und mit weihem Kragen und bunter Schleiße um den Hals in die Schule kam, sind reich, oft hörte. Ich empfand Neid, wenn ich an all die feinen Spielsachen und sonstigen schönen Sachen dachte, die der Weihnachtsmann sicher dem Hans auch in diesem Jahre bringen würde. Wir wohnten nahe beieinander, Hans in einer Villa mit großem Garten, ich in einem Zimmer des dritten Stockes, dessen Fenster dem Willengarten gegenüber lagen. Wir besuchten eine Schule und gelegentlich hatte ich auch schon mal die Reichstümer des Hans an Spielsachen gesehen. Meine Mutter war Fleischneiderin und verdiente kaum soviel, wie sie für sich selbst und uns zwei Kinder dringend notwendig brauchte. An Weihnachts- oder sonstigen Ueberraschungen war daher bei uns nicht zu denken. Oft dachte ich, wenn ich sah, wie andere Kinder den von der Mutter zubereiteten Kuchen in Formen oder auf Platten zum backen in die nächstgelegene Bäckerei trugen: ach, wenn die Mutter doch bloß einen Kuchen backen würde, dann wäre ja schon alles gut.

Trotz übertraf ich mich daher, als ein paar Tage vor Weihnachten meine Mutter mich an sich zog und mir als dem Älteren geheimnisvoll mitteilte, daß wir zu Weihnachten Kuchen haben sollten, sie wollte in diesem Jahre auch backen. Keiner war glücklicher als ich; aber das Glück dauerte nicht lange. Angestrengte Arbeit und Entbehrung warfen die Mutter noch vor dem heiligen Abend aufs Krankenlager und der Armenarzt konstatierte eine Lungenentzündung. — Da war es vollständig mit der Freude für mich vorbei. Heimlich hatte ich immer den Wunsch nach einer Mundharmonika gehabt, auf dessen Erfüllung ich hart rechnete. Auf dem Weihnachtsmarkt kostete eine Mundharmonika nur zehn Pfennig und eine solche zu bekommen, war mein Ideal seit langem. Jahn Pfennige hatte ich im Hosentaschen, und schnell entschlossen lief ich beim Dunkelwerden hinüber zum Weihnachtsmarkt und holte mir eine Mundharmonika. Schön und bedrückt schlich ich zurück in die dunkle kalte Stube, die so gar nichts weihnachtlich-mähriges hatte. Die Mutter lag im Bett, mein Bräderchen sah auf einem Stuhl daneben. Ich kam mir wie ein großer Sünder vor, und doch konnte ich nicht widerstehen — als die Mutter schlief, schlich ich mich zur Tür hinaus, um draußen auf dem dunklen Fluß meine Harmonika zu probieren. Aber dazu kam ich nicht. Die Tränen stiegen mir allzu reichlich aus den Augen, ob aus dem Gefühl der Bekanntheit oder ob meines heimlichen Kaufes, das weiß ich heut nicht mehr. Aber ich weiß, daß ich zurück ins Stübchen schlich und mein Gesicht an die Scheiben preßte. Der Anblick der hell erleuchteten Villa mir gegenüber, die Richter des großen Lannensbaumes und die geputzten und sich um den Weihnachtsstich bewegenden Menschen trübten schnell meine Tränen und mit brennenden Augen malte ich mir aus, was wohl der Hans alles hatte. Sicher auch eine Trommel; ich aber langte verhoffen in meine Tasche, ob meine Harmonika auch noch dort sei.

An diesem Weihnachtsabend habe ich begriffen, was arm sein heißt und was reich sein bedeutet. Diese Erkenntnis hat mich in späteren Jahren bis auf den heutigen Tag in den Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gepreßt.

Warum ich dies zu Weihnachten schreibe? Ein in einem Schwanzfeder der Großstadt angelegtes Kaufangebot ist die Veranlassung:

#### Elegantes Kuppenhaus.

6 Zimmer mit elektrischer Beleuchtung.

zu verkaufen hier.

### Der Lebensmittelmarkt zu Weihnachten.

Markthallen und Geschäfte stehen im Zeichen des Weihnachtsverkehrs. Überall ist ein Gedränge und Gedränge; Händler und Geschäftleute sind auf der Höhe und die Preise desgleichen. Denn das ist wohl noch nie dagewesen, daß für ein Pfund Äpfel 8 Mark gefordert wurden. Erfahrungsgemäß gingen ja die Preise vor den Feiertagen immer etwas in die Höhe, aber was man jetzt erlebt, spottet jeder Beschreibung. Die Preise für Gänse, die schon immer reichlich hoch waren, schnellst plötzlich gewaltig in die Höhe. Gänse zum Pfundpreise unter 17 Mark werden fast nirgends mehr angeboten. Will man nicht ein gar zu trodenes Tier kaufen, so muß man schon 20 Mark für ein Pfund ausgeben. Stoppgänse haben den Pfundpreis von 27 Mark erreicht. Hasen wurden ebenfalls bedeutend teurer.

In den Fleischereien ist es etwas ruhiger; kauft doch die Hausfrau, die es sich gestatten kann, zum Weihnachtsfest eine Gans oder einen Hahn. Immerhin ist auch das Fleisch teurer geworden. Das Lungenfett, das die Hausfrau zum Gänsefett braucht, muß mit 38 bis 40 Mark das Pfund bezahlt werden. Zickelfleisch wurde vor kurzer Zeit mit 8 Mark das Pfund verkauft, nun kostet es auch über 10 Mark. Für arme Leute gibt's gefrorene, wilde Kaninchen.

Das Weihnachtsgemüse, Grünlohl und Rotlohl wurde noch teurer. So wird für 1 Pfund Grünlohl der fabelhafte Preis von 2,50 Mark verlangt, aber auch Rosenlohl und Blumenlohl ist noch zu haben. Zwiebeln kosten 1,80 bis 2 Mark. Auch die beste Sellerie wurde recht kostspielig, obwohl genügend am Platze ist. Die Karisoffeln verharzen auf dem hohen Preis der Vormoche.

Ein wenig abwärts bewegen sich die Preise für Getreide. Das amerikanische Schmalz wird im allgemeinen mit 25 Mark das Pfund gehandelt; der Margarinepreis schwankt zwischen 20 und 26 Mark; Talg kostet etwa 24 Mark und rohes Gänsefett 40 Mark das Pfund. Tafelbutter wird in unendlichen Mengen angeboten; trotzdem verlangen die Molkereien 44 und 46 Mark für das Pfund; wir wollen hoffen, daß sie ihre Butter allein essen müssen. Die Bauern sind etwas begabener, sie verkaufen ihre Ware „schon“ mit 38 Mark. Für ein Ei muß 3,50 Mark und 4 Mark bezahlt werden; Weizenkörner 4,50 Mark bis 5 Mark das Pfund.

Enorme Preisunterschiede bestehen in den Kolonialwarenhandlungen; besonders stark machen sie sich bei Hülsenfrüchten und Teigwaren bemerkbar. Der Preis für Reis schwankt zwischen 8 und 9 Mark; Mohrrübe für 9 bis 11 Mark zu haben.

Ein riesiger Wucher wird mit den Nüssen getrieben; während die Walnüsse 14 Mark kosten, fordert man für Haselnüsse 22 Mark. Und diese hohen Preise fordert man nur, weil Weihnachten ist und nach altem Brauch die Nüsse zum Weihnachtsbaum gehören; denn Nüsse sind reichlich vorhanden. In den Süßfruchtgeschäften laden die Äpfel in den zum Kauf, das Stild kostet aber von 3 Mark an aufwärts. Die Zitronen werden jetzt vielfach nach Gewicht verkauft. Weintrauben sind die billigsten Früchte, allerdings ging der Preis für leberde Karpfen von 12 auf 18 und 15 Mark hinauf. Außerordentlich nieseilig ist das Angebot an Seefischen, grüne Heringe wurden das Pfund mit 3 Mark verkauft. Da die Kaufkraft für Käufer war in dieser Woche nicht sehr groß war, wurden manche Waren etwas alt. So sind die Sprotten, die das Viertelpfund mit 3 Mark verkauft werden, nicht sehr zu empfehlen. Tadellos frisch und fett sind die goldgelben Kieler Sprotten, die aber mit 6 Mark das Viertelpfund bezahlt werden müssen.

In den Schokoladengeschäften ist Hochbetrieb; jeder Wunsch kann befriedigt werden; ist doch die Pfefferkuchendüberei in diesem Jahre wieder außerordentlich leistungsfähig. Und alles kann man offen kaufen, nichts braucht man sich „hintenherum“ zu erschleichen.

So könnte in diesem Jahre jedem der Tisch gedeckt sein, wenn die Preise nicht gar zu hoch und in unzähligen Familien nicht die graue Sorge eingelehrt wäre.

### Vom Oberverversicherungsamt.

Dem Schlosser Adolph wurden bei einem Unfall die Zähne ausgeschlagen. Er verlangte Erstattung der Unkosten; gegen den ablehrenden Bescheid legte er beim Oberverversicherungsamt Beschwerde ein, wurde aber auch hier abgewiesen, da er keinen Anspruch auf Entschädigung nach der Reichsversicherungsordnung habe. Auf seine Frage, an wen er sich nun wenden solle, erhielt er vom Vorsitzenden, Herrn Geh.-Reg.-Rat Dr. Hauck die in Äußerst schroffem Tone gehaltene Antwort, daß das Oberverversicherungsamt nicht verpflichtet sei, ihm zu sagen, welchen Weg er einschlagen solle.

Herr A. wurde nun sehr aufgeregt, bemerkte, daß er überall angefragt hätte und man ihm mit Ähnelnden begegnet sei; auf einem ihm zugegangenen Schreiben hebe auch ausdrücklich, daß er sich an das Oberverversicherungsamt wenden solle.

Recht angenehm fiel das Verhalten eines Beisizers, Herrn Dr. Bergemann, auf, welcher, wie in anderen Fällen, so auch hier sich bemühte, den Antragsteller behilflich zu sein. Er meinte, man könne doch Herrn A. sagen, an wen er sich zu wenden habe und bemerkte zu dem Vertreter der Eisenbahndirektion, daß diese sich auch darum kümmern müßte.

Es wird dem Antragsteller nichts anderes übrig bleiben, als sich an die Krankenkasse zu wenden, vielleicht erklärt sich diese zur Erstattung der Unkosten bereit.

### Achtung, Steuerpflichtige!

Steuerpflichtige, die nachweisen können, daß die Eintragungen in den Steuerbüchern, die den Steuerpflichtigen jetzt zugestellt worden sind, nicht richtig sind, haben das Recht, jederzeit die Eintragungen berichtigen zu lassen.

Die Berichtigung erfolgt auf Antrag durch die Gemeindebehörde, die das Steuerbuch ausgestellt hat. Die Berichtigung ist von der ersten Lohnzahlung ab, bei der das berichtigte Steuerbuch vorgelegt wird, wirksam. In Breslau ist die Stelle, bei der die Berichtigung beantragt werden kann, das Magistratsbüro V, Königplatz 2. Wir empfehlen, nur dann Berichtigungen vorzunehmen zu lassen, wenn es sich vornehmlich darum handelt, daß die Zahl der Kinder nicht richtig eingetragen war. Was die Steuerabgabe an sich anbelangt, so sind diese durch ein Gesetz geändert und werden vom 1. Januar verdoppelt vom Steuerbetrage in Abzug gebracht.

### Republikanische Richter in Breslau.

#### Der Soldat der Republik und das Gericht der Republik.

Die Reichsmehrheitskommission des Reichswahlgesetzes Nr. 7, die in Carlshof liegt, meint sich immer noch nicht damit abfinden zu wollen, daß sie einer Republik ihre Dienste leiht. In einer Mannschafstunde hängt ein Kaiserbild, und als die ehemalige Kaiserin beerdigt wurde, beteiligten sich die Angehörigen dieses Regiments sehr zahlreich an der Beisetzung. Dieses und noch vieles andere gefiel dem Feldwebel Fritz Springer gar nicht, da er ein überzeugter Republikaner ist. Weil er nun an dem ganzen Treiben die monarchistische Gesinnung dieser Kommission sah, gab er darüber offen kein Mißfallen zu erkennen. Dies konnte natürlich den Kameraden gar nicht gefallen und alles was Springer sagte, wurde nun besonders auf die Goldwaage gelegt, aber den Vorgesetzten mitgeteilt. Nun hatte sich Sp. auch hinreichend lassen, aber keinen Vorzeichen, den Hauptmann Kiehlhofer, abzuwürgen Besprechungen zu machen und die Instruktionsstände als „Kaffee-Kaffee“ bezeichnet. Auch soll er den Hauptmann bedroht haben.

Jetzt stand nun Springer, der das Eisene Kreuz 1. Klasse trägt, vor der hiesigen Strafkammer, um sich wegen Erzeugung von Mißvergnügen im Heere, Abtunungsverletzung, Bedrohung und Beleidigung zu verantworten.

Dem Angeklagten wurde von seinem Vorgesetzten das allerbeste Zeugnis ausgestellt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen seiner ehrenlosen Gesinnung (!!) 9 Monate Gefängnis und Dienstentlassung. Das Gericht erkannte auf

#### 5 Monate Gefängnis und Dienstentlassung.

Es begründete das Urteil damit, daß in dem kleinen Heer, das uns noch geblieben sei, die Disziplin unbedingt aufrecht erhalten werden müsse, sonst verlage es, wenn es das Vaterland gegen innere und äußere Feinde schützen soll.

Ueber eine eventuelle Bewährungsfrist soll erst Auskunft eingeholt werden.

In der Republik wirkt man also den Soldaten mit der republikanischen Gesinnung aus der Reichswehr hinaus, damit die Monarchisten unter sich sein können. Daß der Republikaner für die Verfassung eintrat, war kein gutes Recht und die Beleidigung, die er sich in der Erregung zu schulden kommen ließ, wäre gewiß mit einer Geldstrafe geahnt.

#### Wenn sozialdemokratische Minister beleidigt werden...

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der Hauptkrischleiter der Schlesischen Tagespost, Paul Gottsch, wegen Beleidigung des Ministers Severing zu verantworten. Am 6. November 1920 erschien in dem betreffenden Blatte ein Artikel mit der Ueberschrift: „Was sagt Herr Severing dazu?“ In diesem Artikel wurde auf eine Versammlung in Grünberg hingewiesen, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien gekommen war. Der Bericht bedauerte, daß die Selbstschutzorganisationen verboten seien, denn sie hätten hier erfolgreich eingreifen können. Der Artikelschreiber bemängelt dann, daß sich der Minister des Innern Severing über ein juristisches Gutachten hinwegsetze, und die Ordsch verboten habe, obwohl das Gutachten des Justizministers Am Jahnhoff betonte, die Ordsch sei eine erlaubte Organisation. Schließlich bejauerte der Artikel die Handlung des Ministers Severing als leichtfertig und gewissenlos. Für diese Äußerung wollte der Angeklagte Gottsch vom Gericht die Wahrung berechtigter Interessen zugewilligt haben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Gottsch eine Woche Haft; denn ein so schwerer Vorwurf, wie dem Minister gemacht wurde, ist auch mit der höchsten Geldstrafe nicht zu wahren. Die höhere Beleidigung spricht einem Menschen nicht nur die Mannesehre ab, sondern auch alle Eigenschaften, die ein Minister haben muß. Das Gericht billigte dem Angeklagten die Wahrung berechtigter Interessen zu. Die Ausbude seien aber zu scharf gewählt, auch liegt die Absicht der Beleidigung vor. Berichtigung muß werden, daß es sich um einen Minister handelt. Da auf diese Punkte aber auch jetzt weniger geeignete Personen anrufen können, hielt das Gericht eine Geldstrafe von 300 Mark als angemessene Sühne. Auch ist das Urteil einmal in der Schlesischen Tagespost auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

#### Warnung. Ein angeblicher Schriftsteller, namens Ernst...

ber, veranstaltet in der Stadt Sammlungen und nimmt Anmeldungen für einen angeblichen Theater-Verein entgegen mit der Bemerkung von Plätzen für das Stadttheater. Ernst hat bei dieser Gelegenheit auch Geld in Empfang genommen. Wie uns die Intendant des Stadttheaters mitteilt, handelt es sich hierbei um einen Schwindler, der in keinem Falle im Auftrage des Stadttheaters gehandelt hat.

**Auf dem Schiebermarkt beschwindelt.** Vor einigen Tagen begab sich ein Kaufmann von der Reddigerstraße zu Kade nach dem Neumarkt, um dort 1 Paar Stiefel zu verkaufen. Gleich fand sich ein Abnehmer, der einen guten Preis bot, aber erklärte, er müsse sich dazu das Geld erst vom Ring holen. Der Verkäufer begab sich also mit dorthin. Der Käufer, angeblich ein Lehrling, ging in ein Haus, um die Stiefel seinem Meister zu zeigen und das Geld zum Ankauf zu erhalten. Der Anbieter wartete aber lange vergebens auf seine Wiederverkehr, er entschloß sich, sein Kad anzuschließen und in das Haus auf die Suche nach dem angeblichen Lehrling und den Stiefeln zu gehen. Aber er suchte vergebens, und als er endlich enttäuscht wieder auf die Straße kam, war auch sein Fahrrad fort, zweifellos auch von dem spitzbübischen Stiefelkäufer entwendet.

**Kentier Carl Brinke** ist gestern gestorben. Er gehörte eine lange Reihe von Jahren als Mitglied der liberalen Fraktion der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung an, bis sich nach der Revolution unter dem neuen Wahlrecht kein Platz mehr für ihn fand. Besonders interessierte er sich für die sozialen Einrichtungen der Stadt, und war ein eifriger Beförderer der Errichtung eines Krematoriums in Breslau. Sein aufrechter Charakter hat ihm auch innerhalb unserer Partei allgemeine Achtung erworben.

**Die Ausweisarten der Angestellten der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke** haben im Jahre 1922 blaue Farbe.

## Konzerte — Theater — Vergnügungen.

### Mitteilungen der Direktionen.

**Stadttheater.** Heute abend 8 Uhr „Die Meisterlinder von Nürnberg“, mit den Damen Dörwald, Fokner und den Herren Faulstich, Kampe, Kubow, Roth, Leubert, Wilhelm, Wilmst, Wittelkopf. Musikalische Leitung Dr. Fritz Müller-Prem, Spielleitung Dr. Georg Bausp. Sonntags geschlossen. Sonntag nachmittags 3 Uhr „Prinzessin Hulschewind“, abends 7 Uhr „Carmen“, Montag nachmittags 3 Uhr „Prinzessin Hulschewind“, abends 7 Uhr „Der Schatzgräber“, Dienstag nachmittags 3 Uhr „Prinzessin Hulschewind“, abends 7 Uhr „Margarethe“, Mittwoch nachmittags 3 Uhr „Prinzessin Hulschewind“, abends 7 1/2 Uhr „Hoffmann“. Erzählungen.

**Bereitigte Theater.** Heute Freitag, wird im Robert Theater für Nr. 1381-2070 des Bühnennachschub Bundes Schafespears-Wachsch wiederholt. Karten für Nichtmitglieder sind an der Theaterkasse erhältlich. Sonntags findet keine Vorstellung statt. Die Erkaufung der bekannten Schaurie „Der Herrnhäuser“ ist auf den 29. d. M. gelegt worden.

**Im Italia-Theater** abends die jugkräftige Grotteske „Gretchen“. In „Unter der blühenden Kapelle“ wird die köstliche Musik Friedrich Sellerts vom Kapellmeister Walter Beck dirigiert.

**Niederabend.** Am 1. Weihnachtstage veranstaltet der Sängerkorps „Liederhort“ des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Herrn Oberorganisten O. Burkert im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen Lieder-Abend, unter Mitwirkung von Fräulein Gertrud Schubert, Violine, Herrn Otto Burkert am Flügel und Herrn O. Goertner, Bass. Programme mit Liederbüchern sind zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung und im Gewerkschaftshaus. (Näheres siehe Inserat.)

**Jitzus Busch.** Zum bevorstehenden Gedenke des Jitzus Busch bietet uns Herr Kommissionsrat Busch, dessen Hauptwerk, daß das Weihnachten beginnende Jitzus Busch-Wörterbuch unter seiner persönlichen Leitung herauskommt, mit seinem eigenen Vorwort und mit seinem bekannten Original-„Jitzus-Buch“ heraus. — Der Vorverkauf für den Jitzus Busch, Gebr. Parrsch und Jitzus-Kasse, hat begonnen.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Gefahr für den Achtstundentag in der Schweiz

Die von den Unternehmern auf eine Verlängerung der Arbeitszeit abzielende Aktion in Verbindung mit dem im Nationalrat am 18. Oktober d. J. eingebrachten Antrag durch das Nationalratsmitglied Abt. hatte einen Zustand geschaffen, der eine Konferenz zwischen Vertretern des Bundesrates und Vertretern der wichtigsten Gewerkschaften erwarten ließ. Aus dem offiziellen Bericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über diese Konferenz, die am 21. November d. J. stattfand, ist zu ersehen, daß der Bundesrat sich auf Seite derjenigen stellt, die die Verlängerung der Arbeitszeit befürworten. Die Vertreter der Gewerkschaften ihrerseits erklärten, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit bei der steigenden Arbeitslosigkeit nicht nur nichts nütze, sondern die Krise noch mehr verschärfte, daß eine solche Maßnahme nur das Signal wäre, auf internationalem Gebiet ebenfalls die Arbeitszeit zu verlängern, womit natürlich der von der Schweizerischen Industrie erhoffte Vorteil wieder illusorisch würde.

Demgegenüber vernichten die Vertreter des Bundesrates auf die Notwendigkeit die Produktion zu verbilligen und die Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Sie verteidigten dabei die bisher eingehaltene Politik, beruhend auf Grund von Artikel 41 des Verfassungsgesetzes besondere Bewilligungen für eine Verlängerung der Arbeitszeit erteilt wurden. Wenn auch aus den Mitteilungen hervorgeht, daß die Bewilligungen im Verhältnis zur Zahl jener Betriebe, die unter dieses Gesetz fallen, nicht allzu groß ist, ließ sich aus der abgegebenen Erklärung gleichwohl entnehmen, daß die Absicht besteht, dieses System der besonderen Bewilligungen künftig mehr als bisher anzuwenden.

Es müßte etwas getan werden, um die Krise zu liquidieren. Dabei sei es klar, daß alle Kräfte der Bevölkerung Opfer bringen müssen. Man müsse in der Arbeitszeitfrage auch mit den im Lande vorhandenen Stimmungen rechnen. Auf alle Fälle werde der Bundesrat die Lage prüfen und den Artikel 41 des Verfassungsgesetzes in freierer Weise auslegen wollen. Der betreffende Artikel 41 gibt dem Bundesrat das Recht, in einigen Industriezweigen eine Maximalarbeitswoche von 52 Stunden einzuführen, wenn und solange diese Maßnahme durch dringende Notlagen gerechtfertigt ist, besonders dann, wenn eine Industrie durch frühe Anwendung der 48-Stundenwoche Gefahr läuft nicht mehr konkurrenzfähig zu sein, infolge der Arbeitszeit, die in anderen Ländern gilt.

Die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ bemerkt hierzu, daß die Durchführung einer 52stündigen Woche nicht nur die Arbeitslosigkeit offen anerkennen würde, sondern die Arbeitgeber würden bei dieser Maßnahme die 48-Stundenwoche nicht nur als möglich gemacht werden, sondern auch der Arbeitsmarkt der Arbeiter würde dadurch in bestem Maße erleichtert werden.

## Drohender Eisenbahnerstreik

Von Berliner Hans weiter:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird mitgeteilt, daß bei ihm aus allen Teilen des Reiches Telegramme und Depositionen eintreffen, die auf den Ernst der Lage aufmerksam machen. In einem Teil der Eisenbahnen sind bereits Streiks im Gange, die sich auf andere Teile ausbreiten könnten.

Situation im Reich überaus ernst durch Wirkung der Forderungen auf Eisenbahngebiets. Streik wird unvermeidlich sein. Rechen Kommissarierung ab, werden aber gebildet als Angehörige vertrieben, Situation zu beherrschen. Sehr telegraphische Kontakte für die Regierungsverwaltung.

Der Reichsverband hat bei dem Reichsfinanzministerium, sowie auch dem Reichsarbeitsministerium auf die drohende Gefahr und die kritischen Folgen eines Eisenbahnerstreiks aufmerksam gemacht. Er hat weiter betont, daß er nicht in der Lage ist, das Reichsgebiet zu versichern, wenn die für einen Teil des Reichs bereits geschlossene Beschäftigung nicht auf die übrigen Beschäftigten ausgedehnt wird. Es liegt jetzt an den zuständigen Ministerien den Weg zur Beschäftigung zu beschreiten, da es zu spät ist.

Nach unserer Information ergibt sich die gleiche Situation auch für Preußen und Schlesien, wo man bei einer einseitigen bezugsnehmenden Stellung mit dem Streik rechnet.

## Ein reaktionärer Vorstoß gegen die Gewerkschaften.

Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 26. 1. 20 enthält durch eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. 11. 21 (Reichsgesetzblatt 1835) einige Veränderungen. So heißt es jetzt u. a. im § 14, daß einer Arbeitnehmerorganisation die Kontrolle über erwerbslosen Mitglieder zugeht, solange sie

1. diesen Erwerbslosen leitungs-gemäß eine Erwerbslosen-(Arbeitslosen-)Unterstützung gewährt,  
2. ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.  
Das ist ein offensiver Vorstoß gegen die Gewerkschaften, um ihnen die Kontrolle und den Einfluß zu nehmen, die sie auf die Arbeitslosen ausüben. Dadurch entsteht die Gefahr, daß diese Organisationen vollkommen die Fühlung und somit den Einfluß auf ihre erwerbslosen Mitglieder verlieren und die sich dann in das Heer der Unorganisierten verlaufen und so den Einflüssen unverantwortlicher Elemente ausgeliefert werden, dies um so mehr, als bei dieser schleichenden Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit von längerer Dauer ist. Hinzu kommt noch, daß viele noch nicht lange Mitglieder der Gewerkschaften sind und ihnen daher die gewerkschaftliche Schulung fehlt.

Der Vorstand des DGB hat daher auch auf eine Anfrage des Reichsarbeitsministeriums eine ablehnende Haltung in den neuen Forderungen eingenommen und auch Vertreter anderer Gewerkschaftsorganisationen haben sich dagegen ausgesprochen. Doch trotz allem wird die neue Verordnung veröffentlicht und da auch in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die neue Verordnung auf die Ergebnisse einer eigenartigen Untersuchung beruht. Sogenannte Reichs-kontrollräte haben im Sommer dieses Jahres die Berliner Erwerbslosenfürsorge „geprüft“ und die Prüfung in einer „Anlage-Schrift“ zusammengefaßt, die in den Druckkammern der Verordnungsabteilung ruhte, bis man in Berlin eine bürgerliche Mehrheit hatte.

Das Ergebnis dieser „Untersuchung“ kann in drei Gesichtspunkte zerlegt werden: Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Kontrolle. Die Berliner Arbeitsvermittler haben in einer Sitzung diese Punkte auf das richtige Maß zurückgeführt. Für die ungenügende Kontrolle des angegebenen Einzelbaldes sind die freien Gewerkschaften nicht verantwortlich zu machen.

Kritik unabweisbar darf bleiben, daß nur die irren Gewerkschaften die Ausschaltung der 24 Prozent beschreiben. Auch die Vertreter der christlichen und jüdisch-ökumenischen Gewerkschaften haben im Hauptantrag diese Forderung unterstützt und ihr zugestimmt. Die Behauptung, die Gewerkschaften würden bei dieser Untersuchung keine noch weiter fortsetzen. Eine Verhandlung mit den Gewerkschaften hätte die Herren vom Gegenteil überzeugt.

Gemein von den freigezwungenen Erwerbslosenvertretern die Rede ist, welche wir festgestellt, daß ihr Einfluß in den Kreisen der Arbeitslosen immer mehr wächst und die sogenannten milden Erwerbslosenräte mehr und mehr in den Hintergrund treten.

Reaktionäre sind über das Treiben der „milden“ Räte gefaselt. Denn man darf nicht glauben, daß diese Räte Elemente sind, die eine Forderung des § 14 vertritt.

Wenn darüber gesagt wird, daß viel ältere Leute den Arbeitslosen helfen, so liegt die Schuld nicht an der Erwerbslosenfürsorge, sondern an dem „sozialen Mißgeschick“ der Unternehmern, die nicht selten alle älteren Personen abwerfen, besonders vor dieser angeblichlichen Scheinrentenfrage.

Die Verordnung ist nicht auf Grund tatsächlicher Grundlagen erlassen worden, sie ist einseitig durch den Reichsarbeitsminister erlassen worden. Die Kontrolle der Verordnung ist eine Schandtat des Reichs der Gewerkschaften, was letzten Endes dem Unternehmern zugute kommen muß. Die Verordnung muß so schnell als möglich geändert werden.

Beziehungen in der Schweizer Metallindustrie. In der Schweizer Metallindustrie ist eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet worden. Die Metallarbeiter verlangen auf Grund der Erhöhung einer Wirtschaftskrise, sozialen Lage und Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Die Forderungen wurden von den Unternehmern mit der Begründung abgelehnt, daß der jetzigen Lebenshaltung bereits im letzten Jahre Rechnung getragen sei, daß die Kaufkraft abnehme und die Lebensmittelpreise erheblich heranzügingen. Gegenüber diesem ablehnenden Standpunkt der Unternehmern haben die Metallarbeiter beschlossen, sofort neue Forderungen einzubringen und die Auszahlung eines Vorzuschusses auf die bevorstehende Lohnerhöhung nach vorzunehmen zu fordern.

Die Streikbewegung in der Spielwarenindustrie. Die jüngste Streikbewegung in der Spielwarenindustrie hat nahezu 3000 Arbeitnehmer umfaßt. Auf Grund von Verhandlungen, die unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Hauke (Weimar) am Donnerstag stattfanden und die 10 Stunden im Anspruch nahmen, wurde der Streik nach 2-tägiger Dauer beigelegt und die Arbeit

am Freitag früh wieder aufgenommen. Die Angestellten erhalten eine Zulage von 23 Prozent für Betriebsrente. Die Lohnsätze der Arbeiter hielten sich zwischen 75 Mark (14 Jahre) und 451 Mark (25 Jahre) für männliche Arbeiter, und 65 Mark (16 Jahre), sowie 260 Mark (22 Jahre) für weibliche Arbeiter. Der Lohn gelangt sofort zur Auszahlung. Die Streikzeit wird nachgearbeitet, Nachregelungen dürfen nicht stattfinden.

2000 Chauffeure in Berlin entlassen. Die Betriebsinstellung der Autobusfahrer als Protest gegen die neue städtische Steuerordnung ist in ihrem ganzen Umfang in Erscheinung getreten. Die Fahrer haben, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Kraftfahrzeuge aus dem Verkehr gezogen und ihre Chauffeure und sonstigen Angestellten entlassen. Rund 2000 Personen sind infolge der Betriebsinstellung der Autobusfahrer betroffen worden.

Der Streik im Siegener Bergwerksrevier ist durch E. Siedes, Jurist beigelegt.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Die Verbände der Schiffszimmerer und der Köpfer schreiben Urabstimmungen über die Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen aus. Beim Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Café-Angestellten beschloß eine am 14. und 15. November abgehaltene Beiratsitzung Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen. An der vom Holzarbeiterverband veranstalteten Urabstimmung beteiligten sich von 379 628 Mitgliedern 177 645. Davon stimmten mit Ja 127 422, mit Nein 48 587 und 1026 Stimmentzettel waren unültig. Im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter findet in diesen Tagen eine Urabstimmung statt. Die Vorlage des Vorstandes sieht Wochenbeiträge von 1-4 Mark vor. Die Erwerbslosenunterstützung soll auf 6-18 Mark, die Streikunterstützung auf 30-100 Mark nach Wochenverdienst erhöht werden.

Streikdrohung der Hamburger Beamten. Eine von 700 Personen besuchte Versammlung Hamburger Beamten beschloß, in den Streik einzutreten, falls ihre Forderung auf Auszahlung des Januargehälter nicht berücksichtigt werden sollte.

## Aus aller Welt.

Waher mit Weihnachtsbäumen. Der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Köln veröffentlicht folgende gerichtliche Entscheidung: Der Händler Wilhelm Schöning zu Köln, Mühlengasse 19, ist durch Urteil des Bürgergerichts Köln am 17. Dezember 1921 wegen Freistreicherei mit Weihnachtsbäumen zu einem Monat Gefängnis und 10000 Mark (zehntausend Mark) Geldstrafe verurteilt worden. Schöning hat etwa 600 Stück Weihnachtsbäume, die er als Verladebäume zum Durchschnittspreis von etwa 5,50 Mark eingekauft hatte, auf dem Alten Markt zu Köln zu Wucherpreisen feilgeboten und zwar kleine Bäume zu 15 Mark, die andern je nach Größe bis zu 70 Mark. Das Bürgergericht hat die Veröffentlichung in vorstehender Fassung durch Urteil angeordnet.

Mehrere Klagen abgelehnt wurden in Cöthen einem 27-jährigen Mädchen durch den eigenen Stiefvater, dem es sich nicht fügen wollte. Der Klöding benutzte ein altes Seilengewehr.

Selbstmord eines Mörders. Der Arbeiter Otto Hofmann aus Pehrisch, der verhaftet worden war, weil er die Landwirtsfrau Henje bei Eilenburg auf der Landstraße vom Nabe geschossen und beraubt hat, hat sich im Zogauer Gefängnis erhängt. Hofmann hand auch im Verdacht, eine Frau aus Hohentrieh, die im Sommer 1920 einem Verbrechen zum Opfer fiel, ermordet zu haben.

Aus dem bayerischen Bogen. Aus Adelhausen in Bogen wird berichtet: Der 17-jährige Landwirtssohn Hartel verunglückte am 8. Oktober d. J. in Gegenwart seiner jüngeren Geschwister ein 11 Jahre altes Mädchen. Er wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zu sechs Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde in Rempen der 47-jährige Landwirt Joh. Trunzer in Bühl verurteilt wegen zweier fortgesetzter Verbrechen, der Raubtats und eines fortgesetzten Verbrechen der Buntschand. Er hatte seine Stiefhölzer mißbraucht und ihr mit Erbschlagern oder Erbschlagern gedroht, wenn sie ihn anzeigte.

## Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	22. 12.	21. 12.
für 1 amerikanischen Dollar	178,32 RM.	171,52 RM.
• 1 englisches Pfund	749,25	731,75
• 1 französischen Franc	14,21	19,94
• 1 belgischen Gulden	66,43	62,94
• 1 Schweizer Franken	35,21	33,67
• 100 österreichische Kronen	6,98	6,58
• 1 tschechische Krone	2,45	2,33
• 1 dänische Krone	36,16	35,56

**Familiennachrichten**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Am 21. Dezember verstarb die Frau eines Kollegen

**Hedwig Krasse**

im Alter von 53 Jahren.

Ein eheliches Andenken werden ihr bewiesen.

Die Mitglieder der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Hausangabe: Hausangabe, nachmittags 7, Uhr, vom Donnerstag, Döbenerstraße 12, am. 2214

Nach F. W. Meyer schriftlicher Tätigkeit als Assistenten — seit 1. Juli 1919 an der Chirurgischen Abteilung des Alteschuligen-Hospitals (Präsident Herr Prof. Dr. Hübner) — habe ich mich als

**Facharzt für Chirurgie**

eingetragen und habe mich auch mit Genehmigung (Nr. 11) (Chirurgischer) Ich habe vorwiegend Spennstunden von 11-12 und 3-4.

Ich belege mich an Kassenpraxis. 522

**Dr. Ferdinand Schreiber**

Tel. R. 11259. Ring 15, II.

In dem nächsten Hefchen:

**Schmerzlos Zahnziehen!**

**R. Barthelt, Zahnarzt**

in der Döbenerstraße 12

**Billigen Mittags- und Abendessen**

in der Döbenerstraße 12, I.



Bestellung: Lohndienst 111

**G. Behmel, Metzger 45.**

Sieben erschienen:

**Vorwärts-Almanach**

der

**Arbeiter-Familien-Kalender**

**1922**

reich illustriert

Preis 4.- Mark

**Buchhandlung Volkswacht,**

Breslau, Neue Graupenstraße 5.

Zwei intelligente

**Lauffungen**

14-16 Jahre, auch 9900

**Hotel Schleierhofer Hof.**

Rechnungen Büchhoffstraße 4/6

Runter Hof rechts, von 1 bis 3 Uhr, außer Sonntag.

**Zu taufen gel.**

**Alt-Metalle**

kauft u. kauft billig. Preis nach

Otto, Kohlenstr. 8.

**Drachbittstellen, Betten**

**Kinderwagen** aller Art.

Rechnungen Büchhoffstraße 4/6

Fliesen, Mädel, Untergetriebe

kauft sofort

**Wolke, Leffingstraße 11.**

**Altmetalle**

kauft zu höchsten Preisen

Hänging, Grefenstraße 6.

**Grammophon** kauft, auch

1. Klasse 20 RM. auch kauft in gut.

Weg. N. Liescke, Döbenerstr.

Sie für die Frauenwelt:

• die interessanteste Sach:

ersch. zu unter dem Titel:

**Die Frauen Hausjah**

Jahrbuch für Arbeiter-Frauen und -Töchter

erschienen am 1. Dezember 1921, Berlin.

Steglich ist durch

Verlag des DGB, Berlin.

Das ist ein Jahrbuch, das die Interessen der Arbeiter-Frauen und -Töchter in der ersten Hälfte des Jahres 1921 behandelt.

Das Jahrbuch enthält: 1. Die Arbeiter-Frauen in der ersten Hälfte des Jahres 1921. 2. Die Arbeiter-Töchter in der ersten Hälfte des Jahres 1921. 3. Die Arbeiter-Frauen in der zweiten Hälfte des Jahres 1921. 4. Die Arbeiter-Töchter in der zweiten Hälfte des Jahres 1921. 5. Die Arbeiter-Frauen in der dritten Hälfte des Jahres 1921. 6. Die Arbeiter-Töchter in der dritten Hälfte des Jahres 1921. 7. Die Arbeiter-Frauen in der vierten Hälfte des Jahres 1921. 8. Die Arbeiter-Töchter in der vierten Hälfte des Jahres 1921. 9. Die Arbeiter-Frauen in der fünften Hälfte des Jahres 1921. 10. Die Arbeiter-Töchter in der fünften Hälfte des Jahres 1921. 11. Die Arbeiter-Frauen in der sechsten Hälfte des Jahres 1921. 12. Die Arbeiter-Töchter in der sechsten Hälfte des Jahres 1921. 13. Die Arbeiter-Frauen in der siebten Hälfte des Jahres 1921. 14. Die Arbeiter-Töchter in der siebten Hälfte des Jahres 1921. 15. Die Arbeiter-Frauen in der achten Hälfte des Jahres 1921. 16. Die Arbeiter-Töchter in der achten Hälfte des Jahres 1921. 17. Die Arbeiter-Frauen in der neunten Hälfte des Jahres 1921. 18. Die Arbeiter-Töchter in der neunten Hälfte des Jahres 1921. 19. Die Arbeiter-Frauen in der zehnten Hälfte des Jahres 1921. 20. Die Arbeiter-Töchter in der zehnten Hälfte des Jahres 1921.

Das Jahrbuch kostet: Preis 3 Mark

**Döbenerstraße - Buchhandlung**

Breslau III - Neue Graupenstraße 5.

**Im Interesse der Trauernden**

wollen die best. unterrichteten Verbände angehörigen

Beerdigungs-Anstalt — endlich kann besondere kostbare

Geschäft in dem Schöneberg — auf die neu eingewanderten, besonders preiswerten Gütern — von 200 Mark an — für mit ihnen gleichzeitig belegend, per

**Belebung des**

immer mehr verschwindenden, die Hinterbliebenen fast

schmerzlos.

**Schmerzgelde-Unwesens**

jede auch die noch so kleinen und selbstlos ergebende

Schmerzgelde-Unwesens Personen, Angehörigen, in den Kreisen, Verwandten und vor den Angehörigen der Hinterbliebenen über anderen auf das entscheidende zu entscheiden. Im eigenen Interesse werde man sich daher nicht — ohne irgend welche Verzögerung — nur an eines der unterrichteten, best. unterrichteten Verbände angeschlossen, das Schöneberg-Anstalt auf das höchste belebende Beerdigungs-Anstalt. Geschäftsleitung ermöglicht und zu entscheiden. Jede gewünschte Auskunft bereitwillig.

**Verband der Deutschen Beerdigungs-Anstalt e. V.**

SIEBEN ERSCHEINEN:

**Der Weg zum eigenen Heim**

von EISEN BENTNER, Gewerkschafter

Breslau, Selbstverlag, Preis 2 Mk. und 10 Pf. — 220 Nr. — Der Reinertrag dient zur Förderung der Heimstättenbewegung.

**Buchhandlung Volkswacht e. Breslau III.**

**Arbeitsmarkt**

**Gute Möbelschleifer**

zur Montage gesucht. Meldungen an

**Gehr. Bauer, Theresenstr. 15.**

**Zeitungsträgerinnen**

für bald und später

Kommen Sie werden in der

**Spezial der „Volkswacht“, Theresenstr. 15.**

**Zum Verkauf**

**Goldene Trauringe**

verkauft billig

Gang über Döbenerstraße

aus Gumpert, 122, Döbenerstr.

**Kleine Anzeigen**

und kauft zu höchsten Preisen

Amsteg, 6. Vertriebs, Kaufmann

Weg. N. Liescke, Döbenerstr.

Johns War 20 Pf., 1-2 1 2

**Wolke, Leffingstraße 11.**

**Grammophon** kauft, auch

1. Klasse 20 RM. auch kauft in gut.

Weg. N. Liescke, Döbenerstr.